

## **TOP 32:**

---

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Strategie für eine sichere europäische Energieversorgung  
COM(2014) 330 final

Drucksache: 258/14

Mit vorliegender Mitteilung stellt die Kommission ihre Strategie für eine sichere Energieversorgung in Europa vor. Insgesamt sollen durch bestmögliche Vorbereitung und Planung die Widerstandsfähigkeit gegenüber externen Schocks und Energieversorgungsstörungen gefördert, strategische Infrastrukturen geschützt und langfristig die Abhängigkeit von bestimmten Brennstoffen, Energielieferanten und Versorgungswegen verringert werden.

Nach den Angaben der Kommission importiert die EU derzeit rund 53 Prozent der von ihr verbrauchten Energie. Rohöl werde zu fast 90 Prozent importiert, Erdgas zu 66 Prozent, feste Brennstoffe zu 42 Prozent sowie nukleare Brennstoffe zu 40 Prozent. Das dringlichste Problem sei die starke Energieabhängigkeit von einem einzigen Drittländerslieferanten, was insbesondere für Erdgas zutreffe, bei manchen EU-Ländern aber auch für Strom. Die EU habe 2013 Energie für rund 400 Milliarden Euro importiert. Ein Drittel des Rohöls und der Mineralöl-erzeugnisse würden aus Russland importiert. Bis 2030 werde mit einem weltweit steigenden Energiebedarf um rund 27 Prozent gerechnet, wobei mit bedeutenden Veränderungen beim Energieangebot und den Energieströmen zu rechnen sei.

Die Kommission stellt fest, dass durch den Ausbau von Verbindungsleitungen Fortschritte in der Vollendung des Energiebinnenmarktes gemacht wurden. Sie übt jedoch Kritik daran, dass allzu oft Fragen der Energieversorgungssicherheit nur auf nationaler Ebene behandelt werden, ohne die gegenseitige Abhängigkeit der Mitgliedstaaten in vollem Umfang zu berücksichtigen. Sie sieht daher den Schlüssel zu einer besseren Energieversorgungssicherheit in einer stärkeren Zusammenarbeit auf regionaler und europäischer Ebene. Dazu sind besonders die Entwicklungen bei den Netzen zu koordinieren und die Märkte zu öffnen sowie ein kohärenteres auswärtiges Handeln zu ermöglichen.

In der Strategie, die als integraler Bestandteil des Rahmens für Klima- und Energiepolitik 2030 verstanden wird, werden Bereiche aufgelistet, die auf den folgenden acht zentralen Säulen beruhen:

- Sofortmaßnahmen, damit die EU eine größere Versorgungsstörung im Winter 2014/15 besser bewältigen kann;
- Stärkung von Notfallmechanismen, wie Koordinierung von Risikobewertungen und Notfallplänen, und Schutz strategischer Infrastrukturen;
- Dämpfung der Energienachfrage;
- Aufbau eines funktionierenden, vollständig integrierten Binnenmarkts;
- Steigerung der Energieproduktion in der Europäischen Union;
- Weiterentwicklung von Energietechnologien;
- Diversifizierung der Lieferungen aus Drittländern und der damit verbundenen Infrastrukturen;
- bessere Koordinierung der nationalen Energiepolitik und geschlossenes Auftreten in der externen Energiepolitik.

Es werden kurz-, mittel- und langfristige Entscheidungen und Maßnahmen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit Europas und zur Verringerung ihrer Importabhängigkeit vorgeschlagen.

Kurzfristig sind dies insbesondere:

- Stärkung der bestehenden europäischen Notfall- und Solidaritätsmechanismen auf der Grundlage von Risikobewertungen (Energiesicherheits-Stresstests);
- Zusammenarbeit mit internationalen Partnern bei der Entwicklung neuer Solidaritätsmechanismen für Erdgas und für die Nutzung von Speicheranlagen;
- Aussetzen des "Projekt South Stream", solange bis die vollständige Einhaltung der EU-Rechtsvorschriften gewährleistet ist;
- Enge Zusammenarbeit der Union mit ihren Nachbarn und Partnern in der Energiegemeinschaft, insbesondere mit der Ukraine und Moldau.

Mittel- und langfristig sind dies insbesondere:

- Schaffung eines besser funktionierenden und stärker integrierten Energiemarkts, u. a. durch Erreichen des aktuellen Verbundziels von 10 Prozent der installierten Stromerzeugungskapazität bis 2020;
- Verringerung der Abhängigkeit von bestimmten Drittländerslieferanten durch Diversifizierung von Energiequellen, Lieferanten und Versorgungswegen;
- Beschleunigen der Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz sowie Ausbau heimischer Energieträger, insbesondere der erneuerbaren Energien;

- Stärkere Koordinierung der nationalen Energiepolitiken, insbesondere durch besseren Informationsaustausch unter den Mitgliedstaaten und mit der Kommission, bei der Festlegung langfristiger energiepolitischer Strategien und bei der Ausarbeitung zwischenstaatlicher Abkommen mit Drittstaaten.

In Anhang 1 wird die Abhängigkeit von Erdgaslieferungen aus Russland dargestellt.

In Anhang 2 sind die für die Versorgungssicherheit wichtigsten Infrastrukturvorhaben aufgelistet.

Die **Empfehlungen der Ausschüsse** sind aus der **Drucksache 258/1/14** ersichtlich.

